

► Allgemeines

Europäische Union fördert Datenbank für den gemeinnützigen Sektor. Mehr Transparenz und bessere Information über die Arbeit von Vereinen und Stiftungen in Deutschland: Mit Hilfe modernster Datenbanktechnologie soll dies bald Wirklichkeit werden – nicht zuletzt zum Nutzen der Organisationen selbst. Das internationale Konsortium GuideStar Europe will bis zum Herbst 2008 die Voraussetzungen für nationale Informationsdatenbanken der gemeinnützigen Sektoren erforschen und Pilotversionen so weit wie möglich auch schon in Betrieb nehmen. Zum Konsortium gehören Projekte in Deutschland, Irland, Ungarn und den Niederlanden sowie die internationale Koordinierungsstelle in Großbritannien. Auf deutscher Seite beteiligt sind das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) als Träger des Projekts GuideStar Deutschland und das Maecenata Institut für Philanthropie und Zivilgesellschaft an der Humboldt-Universität zu Berlin. Die Europäische Kommission unterstützt GuideStar Europe mit mehr als 600 000 Euro im Rahmen ihres eTEN-Programms. Während des auf 18 Monate befristeten Projekts wird sich das Konsortium auch mit den Möglichkeiten der Umsetzung einer europaweiten Internet-Suchfunktion befassen. Langfristiges Projektziel in Deutschland ist der Aufbau einer für die Öffentlichkeit in der Basisnutzung frei zugänglichen Datenbank, die den gemeinnützigen Bereich (Dritter Sektor) mit seinen rund 600 000 eingetragenen Vereinen und 20 000 (nicht kirchlichen) Stiftungen möglichst flächendeckend abbildet. Auch für die berichtenden Organisationen selbst wäre das Portal in der Basisvariante gebührenfrei nutzbar. Über das EU-Projekt hinaus besteht eine enge Zusammenarbeit im Rahmen eines internationalen Netzwerkes von gemeinnützigen Organisationen. Am weitesten fortgeschritten ist die 1994 gegründete Online-Datenbank von GuideStar USA (www.guidestar.org). Sie gilt heute mit 1,5 Mio. dokumentierten Organisationen als wichtigste Informationsdatenbank des gemeinnützigen Sektors in den USA und liefert permanent aktualisierte Informationen über die personelle und finanzielle Situation sowie über die Projekte wohlthätiger Organisationen. Im vergangenen Jahr gab es rund 8 Mio. Zugriffe auf das Webportal. Seit Ende 2005 ist auch in Großbritannien ein GuideStar-Portal online (www.guidestar.co.uk). Weitere Datenbanken werden in Südafrika, Südkorea, Indien und Israel entwickelt. *Quelle: Pressemitteilung des Projekts GuideStar Deutschland vom 27. Juli 2007*

Förderung für Langzeitarbeitslose mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen. Mit dem „Gesetz zur Verbesserung der Beschäftigungschancen von Menschen mit Vermittlungshemmnissen“ kann der Einstieg in den „sozialen Arbeitsmarkt“ geschaffen werden. Für den münsterischen Diözesancaritasdirektor Kessmann, auch Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft Integration durch Arbeit (IDA), ist das Ziel allerdings nur zu erreichen, wenn

die Förderung auf Menschen mit mehrfachen Vermittlungshemmnissen beschränkt bleibe. Es dürften nicht „arbeitsmarktnähere“ Menschen bevorzugt werden, da sonst die eigentliche Zielgruppe wieder leer ausgehe. Nach den Erfahrungen der Caritas in ihren Integrationsbetrieben sei es zudem erforderlich, so Kessmann, den Beschäftigungszuschuss im Einzelfall zumindest anfänglich auf bis zu 100 % aufzustocken und Zuschüsse für eine qualifizierende Begleitung zu zahlen. Auch wenn die Langzeitarbeitslosen als erwerbsfähig eingestuft seien, müssten sie zunächst intensiv begleitet werden und seien noch nicht in der Lage, marktgängige Waren zu produzieren, aus deren Erlös ihr Lohn refinanziert werden könne. Die Bundesregierung will durch einen Beschäftigungszuschuss von 75 %, der in der Regel für zwei Jahre gewährt wird, bis zu 100 000 Langzeitarbeitslosen mit Vermittlungshemmnissen zu einer Stelle verhelfen. *Quelle: Presseinformation des Caritasverbandes für die Diözese Münster e. V. 61/2007*

Ausschluss oder Teilhabe. Rechtliche Rahmenbedingungen für Geduldete und Asylsuchende – ein Leitfadens. Von Joachim Genge und Imke Juretzka. Selbstverlag. Berlin 2006, 27 S., kostenlos *DZI-D-7924*
Derzeit leben in Deutschland etwa 180 000 Ausreisepflichtige, die geduldet werden, sowie zirka 60 000 Personen, über deren Asylantrag noch nicht entschieden wurde. Angesichts der neueren Reformen der aufenthaltsrechtlichen Regelungen bietet die vorliegende Handreichung aktuelle Informationen, zeigt das Verfahren auf, das Asyl Suchende durchlaufen, erläutert, welche sozialen Rechte Flüchtlinge in Deutschland besitzen und auf welche Leistungen sie Anspruch erheben können. Auch der Prozess der Erteilung von Arbeitserlaubnissen wird ausführlich beschrieben. Für alle, die mit Flüchtlingen arbeiten oder in der Flüchtlingspolitik tätig sind, gibt der Leitfadens einen guten Überblick. Bestelladresse: Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration, Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Tel.: 030/90 17-23 63, Fax: 030/90 17-23 20 E-Mail: Integrationsbeauftragter@auslb.verwalt-berlin.de

Projekt für Frauen und Männer mit Behinderung. Für einen Menschen spielt die Geschlechtszugehörigkeit eine wichtige Rolle im Leben. Dies ist unabhängig davon, ob jemand mit Behinderung lebt oder nicht. Oft gibt es Unterschiede zwischen Männern und Frauen, zum Beispiel hinsichtlich der Lebensbedingungen, Interessen, Bedürfnisse und bei vielen Erfahrungen im Leben. Bei Menschen mit Behinderung wird häufig vordergründig die Behinderung gesehen, weniger die Bedürfnisse und Lebenssituationen, die sie als Männer oder Frauen haben. Mit dem neuen Projekt „Frauen sind anders – Männer auch!“ verfolgt der Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V. das Ziel, Konzepte zur geschlechterspezifischen Arbeit mit behinderten Frauen und Männern zu entwickeln, zu erproben und die Fachöffentlichkeit in der Arbeit für und mit behinderten Menschen für eine geschlechterbewusste Betrachtungsweise deren Lebenslagen zu sensibilisieren. Als Ansatzpunkt sollen Aktivitäten für die Betroffenen initiiert werden. Besonders angesprochen werden damit Menschen, die in einer Werkstatt arbeiten und/oder betreut werden. Daneben organisieren die Projektträger Veranstaltungen für Fachkräfte, die das Projekt als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren beglei-

ten möchten. Informationen: Bundesverband für Körper- und Mehrfachbehinderte e.V., Brehmstraße 5-7, 40239 Düsseldorf, Tel.: 02 11/640 04-21
E-Mail: anne.ott@bvkm.de

► Soziales

Sozialhilfeausgaben im Jahr 2006 gestiegen. Nach vorläufigen Angaben des Statistischen Bundesamtes wurden im Jahr 2006 in Deutschland brutto 20,7 Mrd. Euro für Sozialhilfeleistungen nach dem zum 1. Januar 2005 neu geschaffenen Sozialgesetzbuch XII (SGB XII) ausgegeben. Nach Abzug der Einnahmen in Höhe von 2,4 Mrd. Euro, die den Sozialhilfeträgern zum größten Teil aus Erstattungen anderer Leistungsträger zufließen, betrugen die Ausgaben in diesem Bereich netto 18,3 Mrd. Euro; dies waren 4 % mehr als im Jahr 2005. Mit 10,5 Mrd. Euro lag der größte Anteil (58 %) der Sozialhilfeausgaben insgesamt – wie in den Vorjahren – bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Im Vergleich zum Jahr 2005 stiegen die Ausgaben für diese Hilfeart um 4,4 %. Die Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung lagen im Jahr 2006 bei 3,1 Mrd. Euro; dies entspricht 17 % der Sozialhilfeausgaben insgesamt. Im Vergleich zum Vorjahr sind die Ausgaben für diese Hilfeart damit um 12 % gestiegen. Für die Hilfe zur Pflege gaben die Sozialhilfeträger im Jahr 2006 netto insgesamt 2,6 Mrd. Euro aus (+ 0,4 % gegenüber dem Vorjahr). Die Ausgaben für diese Leistungen machten somit 14 % der gesamten Sozialhilfearaufwendungen aus. Für die Hilfe zum Lebensunterhalt wurden in dem Berichtszeitraum netto 681,8 Mrd. Euro ausgegeben (+ 10,8 %); dies entspricht 4 % der gesamten Sozialhilfeausgaben. Im Jahr 2004, also vor Inkrafttreten des „Vierten Gesetzes für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt“ (Hartz IV), wurden noch 8,8 Mrd. Euro für diese Hilfeart aufgewendet. Je Einwohner wurden in Deutschland 2006 rechnerisch 222 Euro für die Sozialhilfe ausgegeben. In Westdeutschland (ohne Berlin) waren es mit 232 Euro pro Kopf wesentlich mehr als in Ostdeutschland (ohne Berlin) mit 145 Euro. Die mit Abstand höchsten Ausgaben je Einwohner hatten wie zuvor im Jahr 2006 die drei Stadtstaaten Bremen (363 Euro), Hamburg 346 Euro) und Berlin (331 Euro). *Quelle: Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes 316/2007*

Bericht über ältere Menschen in Spanien. Die Staatssekretärin für Sozialdienste in Spanien stellte im Juni dieses Jahres den Bericht über ältere Menschen vor. Dieser Bericht gibt einen Überblick über die demographische Entwicklung im Land, die Gesundheits- und Lebenslage dieser Altersgruppe, ihre Bedürfnisse, den sozialen Schutz im Alter, das Zusammenleben mit anderen Arbeitsgruppen und das Netz der sozialen Dienste: www.seg.social.es/imerso/estadisticas/persmayoresesp.html. Information: Aktuelle Nachrichten aus Spanien 7-8/2007

Altersvorsorge: Vorteile staatlicher Förderung nutzen. Auf die Bedeutung der ergänzenden Altersvorsorge und die Vorteile der staatlichen Förderung hat die Arbeitsministerin von Rheinland-Pfalz, Malu Dreyer, hingewiesen. Bürgerinnen und Bürger dafür zu sensibilisieren und darüber aufzuklären, ist Ziel eines gemeinsamen Projektes „Altersvorsorge Regional in Rheinland-Pfalz“, das vom Arbeitsministerium und der Deutschen Rentenversicherung

Rheinland-Pfalz im Frühjahr 2007 begonnen wurde. Damit sollen gerade auch diejenigen erreicht werden, für die eine zusätzliche Altersvorsorge besonders wichtig ist, wie beispielsweise Familien. Diese profitieren besonders von der staatlichen Förderung der ergänzenden Altersvorsorge. Als Beispiel wurde eine Mutter mit zwei Kindern genannt, die bei der sogenannten Riester-Rente 390 Euro an Zulagen im Jahr erhalten könne, selbst aber lediglich fünf Euro pro Monat dafür zahlen müsse. „Eine ergänzende Altersvorsorge wird so auch für Familien mit knappem Budget erschwinglich, zumal die Zulagen im kommenden Jahr nochmals steigen – dann bekommt eine Mutter mit zwei Kindern 524 Euro pro Jahr“, so die Ministerin. Im Übrigen biete auch die gesetzliche Rentenversicherung Vorteile für Familien. In den ersten drei Lebensjahren eines Kindes gebe es für den Elternteil, der die Erziehung übernimmt, den vollen Schutz. Der künftige Rentenanspruch erhöhe sich um monatlich 79 Euro. *Quelle: Pressedienst des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen 114-2/2007*

Embrace: Hotelkette mit sozialer Note. Anfang dieses Jahres haben elf der rund 35 integrativen Hotelbetriebe in Deutschland den Verband der „Embrace Hotels“ gegründet. Neben dem Bestreben, sich gemeinsam professionell zu vermarkten, verfolgen sie zwei weitere Ziele: Arbeitsplätze für Menschen mit Behinderung in der Hotellerie zu erhalten und zu schaffen und die Begegnung zwischen Menschen mit und ohne Behinderung zu fördern. *Quelle: Nachrichten PARITÄT 3/2007*

Jung und Alt gesellt sich gern – aber noch zu selten. Leipziger Eltern suchen Wunsch-Großeltern für ihre Kinder. Doch es fehlen aktive Seniorinnen und Senioren, die sich dazu berufen fühlen. Eine Initiative von Studierenden aus Leipzig will das Problem lösen: Unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters läuft zurzeit das Projekt „Generationen gestalten Gemeinsamkeit“. Im Laufe des Jahres stehen von den Studierenden organisierte Workshops und Networking-Veranstaltungen für generationsübergreifend tätige Organisationen an, damit diese mehr Einwohnerinnen und Einwohner für dieses Engagement gewinnen können. Eine Umfrage des Projekts unter 221 älteren Menschen aus Leipzig sowie 85 Müttern und Vätern förderte zutage: Betreuungsnotstand herrscht offensichtlich auch in Sachsen – 90 % der befragten Eltern wünschen sich bei der Betreuung ihrer Kinder Unterstützung durch ältere Menschen. Doch viele von diesen befinden sich schon im Ruhestand. Der Widerspruch deckt sich, so das Projektteam, mit den Erfahrungen der örtlichen Vereine und Organisationen, die einen Mangel an aktiven älteren Mitbürgern und Mitbürgerinnen beklagen. Das Projekt „Generationen gestalten Gemeinsamkeit“ zeigt diese Lücke auf und sucht nach neuen Wegen, um möglichst viele Seniorinnen und Senioren zurück in den „Unruhestand“ zu befördern. *Quelle: Pressemitteilung „Herausforderung Unternehmertum“ vom Juli 2007*

► Gesundheit

Internetportal zur Gesundheit von Frauen. Ein neues Internetportal für Frauen hat die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) gestartet. Unter der Adresse www.frauengesundheitsportal.de finden sich beispiels-

weise Informationen zu den Wechseljahren, zu Krankheiten wie Brustkrebs oder zu Gewalt gegen Frauen. Trotz höherer Lebenserwartung sind Frauen im Schnitt häufiger von akuten und chronischen Krankheiten betroffen als Männer. Daher ist die Idee zu dem Portal entstanden, das sich insbesondere an Frauen im Alter zwischen 45 und 60 Jahren richtet. *Quelle: SoVD Zeitung, Sozialverband Deutschland, 8/2007*

Vorsorgemaßnahmen gegen Krebs sind wichtig. Die Diagnose „Krebs“ wird meistens mit dem Tod in Verbindung gebracht. Deshalb ist kaum eine andere Krankheit so sehr mit dem Symptom Angst besetzt. Dabei ist jeder Krebs in der Entstehung, Prognose und Therapie unterschiedlich zu bewerten. Die Krebsvorsorge stellt somit ein wichtiges Standbein im Gesundheitswesen dar. Die Entscheidung des Gemeinsamen Bundesausschusses (Gremium der gemeinsamen Selbstverwaltung von Ärzten, Krankenkassen und Krankenhäusern) zu den Früherkennungsuntersuchungen zeigt aber auch, dass die Vorsorgemaßnahmen differenziert betrachtet werden müssen. Multimodale Behandlungskonzepte und eine sanfte Krebsdiagnostik wie die Zytopathologie werden noch zu wenig genutzt. Damit ließen sich unnötige Belastungen wie Fehlarbe, radikale Abklärungsmaßnahmen oder unangemessene Behandlungen verhindern. Um Patientinnen und Patienten nicht unnötigerweise mit einer Verdachtsdiagnose zu belasten, ist es Anliegen der Gmünder ErsatzKasse (GEK), die Treffsicherheit der Diagnostik ständig zu verbessern. Daher ist es notwendig, dass Vorsorgeprogramme ein hohes Qualitätsniveau aufweisen, um mögliche Risiken zu minimieren und Schäden zu vermeiden. *Quelle: GEK-Pressemitteilung vom 30. Juli 2007*

Bundesmodellprojekt HaLT. Handbuch für den Einsatz in der Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen. Hrsg. Villa Schöpflin – Zentrum für Suchtprävention. Selbstverlag. Lörrach 2007, 10, – *DZI-D-8012* Die Diskussion um den unverantwortlichen Alkoholkonsum von Kindern und Jugendlichen flammt in den Medien immer wieder auf. In Deutschland trinken 20% der Jugendlichen im Alter von 12 bis 25 Jahren regelmäßig Alkohol. Der Konsum wird ihnen durch eine in der Gesellschaft weit verbreitete, unkritische oder positive Einstellung zum Alkohol erleichtert. Das Projekt HaLT (Hart am Limit) soll für alkoholgefährdete Jugendliche geeignete Beratungs- und Präventionsangebote bereitstellen. Das vorliegende, auf diesem Projekt basierende Handbuch dient der Fortbildung von in der Beratung Tätigen. Es ist als eine Praxis-hilfe mit theoretischen Hintergründen konzipiert und enthält Ergebnisse von über 370 Befragungen Jugendlicher in Kliniken. Zugleich werden verschiedene Ansätze zur Prävention vorgestellt. Bestelladresse: Villa Schöpflin – Zentrum für Suchtprävention, Franz-Ehret-Straße 7, 79541 Lörrach, E-Mail: villa-schoepflin@blv-suchthilfe.d

Sozialstationen bauen Palliativversorgung aus. In enger Zusammenarbeit mit Hospizdiensten bauen die Sozialstationen der Caritas in der Diözese Münster die Palliativversorgung von Patienten und Patientinnen in der letzten Lebensphase aus. Trotz weiterhin schwieriger finanzieller Rahmenbedingungen erweitern die derzeit 85 Sozialstationen der Caritas wegen der wachsenden Nachfrage ihre

Angebote. Neue Pflegedienste werden aus größeren Stationen ausgegründet, um möglichst wohnortnah arbeiten zu können. Der Trend, immer länger in der eigenen Wohnung zu bleiben, hält an. Entsprechend wächst der Wunsch nach professioneller Unterstützung bei der Pflege, aber auch die Nachfrage nach Hilfe im Haushalt. Der Ausbau der Palliativversorgung, bei der nicht mehr die Heilung der Kranken im Vordergrund steht, sondern ein möglichst schmerz- und beschwerdefreies Leben bis zum Tod, ist daher nur konsequent. *Quelle: Presseinformation des Caritasverbandes für die Diözese Münster e.V. 68/2007*

Essstörungen und neue Präventionsmöglichkeiten in Bayern. „Fast jede dritte Frau und jeder siebte Mann zeigen Frühzeichen von Essstörungen. Die Veränderungen im Verlauf der Pubertät und ein instabiles Selbstwertgefühl können ebenso ursächlich sein wie familiäre Aspekte, etwa in der Familie vorgelebtes Essverhalten, ein Mangel an emotionaler Zuwendung sowie traumatische Erlebnisse“, erläuterte Bayerns Frauen- und Sozialministerin Christa Stewens Ende Juli 2007 bei der Einweihungsfeier der neuen Räumlichkeiten der ANAD e.V. in München das komplexe Geflecht an Ursachen für Essstörungen. In den neuen ANAD-Räumen sind zwei Wohngruppen für 24 essgestörte junge Mädchen untergebracht. „Von Essstörungen sind Mädchen und Frauen in besonderem Maße betroffen, zunehmend aber auch Jungen und Männer. Geschlechtsspezifische präventive, aber auch beratende und therapeutische Angebote sind unabdingbar“, erklärte die Ministerin. Schätzungen zufolge leiden etwa 6% der Bevölkerung – in Bayern sind dies etwa 700 000 Personen – an Essstörungen, an Magersucht etwa 1% und jeweils 2,5% an Bulimie und „Binge eating“. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen. „In unserer westlichen Wohlstandsgesellschaft hat Übergewicht ein negatives Image, wird mit Disziplinlosigkeit und mangelnder Selbstkontrolle assoziiert. Mädchen und Frauen versprechen sich vom Schlanksein Achtung und Selbstwertgefühl“, betonte Stewens. Essen entwickle sich bei Betroffenen zum dominierenden Lebensthema und führe zuweilen zu einem „Diätenwahn“. „Die Folgen solcher psychischen Erkrankungen sind gravierend: Die Symptome bei langem exzessivem Hungern reichen vom Schwächeanfall und Kreislaufstörungen bis hin zu Nierenversagen und Herzstillstand. Etwa 15% derjenigen, die an einer lebensbedrohlichen Magersucht leiden, hungern sich regelrecht zu Tode. Übergewichtige hingegen erleiden häufiger Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes Typ II“, so die Ministerin. Ziel der bayerischen Landesregierung ist es, Prävention und Gesundheitsförderung neben Akutmedizin, Rehabilitation und Pflege als vierte Säule fest im Gesundheitswesen zu verankern. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 367/2007*

► Jugend und Familie

Jugendhilfemaßnahmen im Ausland. „Die örtlichen Träger der Kinder- und Jugendhilfe haben eine besondere Verantwortung im Hinblick auf Hilfen für Kinder und Jugendliche im Ausland.“ Dies betonte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe (AGJ), Norbert Struck, anlässlich der Verabschiedung der Stellungnahme „Hilfen für Kinder und Jugendliche nach §§ 27, 35, 41 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) im Ausland“

durch den geschäftsführenden Vorstand der AGJ. Das Scheitern von Auslandsmaßnahmen sei häufig auf mangelnde Hilfeplanung im Vorfeld und auf eine fehlende Überprüfung und Kontrolle der die Maßnahmen anbietenden Träger und der betreuenden Fachkräfte zurückzuführen. Die AGJ sehe daher in der Qualifizierung der Hilfeplanung vor Ort und der Qualifizierung der Angebote im Ausland wichtige Anknüpfungspunkte für die fachliche Weiterentwicklung der Hilfen für Kinder und Jugendliche im Ausland. Jugendämter wählen Hilfen zur Erziehung, die nach dem SGB VIII in Auslandsprojekten durchgeführt werden, immer wieder als eine im Einzelfall geeignete Form der Hilfe, wenn andere Maßnahmen erfolglos waren. Die Fallzahlen solcher Hilfen sind gering. Dennoch sind Auslandsmaßnahmen die notwendige und geeignete Hilfeform für Kinder und Jugendliche, die mit den vorhandenen Hilfesettings des Inlands nicht erreicht werden. In vielen Fällen erzielen Auslandshilfen den gewünschten Erfolg und eröffnen deutliche Verbesserungen für die Lebensperspektiven der jungen Menschen. Die Stellungnahme kann unter www.agj.de heruntergeladen werden.
Quelle: Presseinformation der AGJ vom 9. August 2007

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung. Empfehlungen des Projektes „Beteiligung – Qualitätsstandard für Kinder und Jugendliche in der Heimerziehung“. Von Mechthild Wolff und Sabine Hartig. SOS-Kinderdorf e.V. Selbstverlag. München 2006, 40 S., kostenlos *DZI-D-7973*
 Diese Empfehlungen zur Beteiligung von jungen betroffe-

nen Menschen in Heimerziehung basieren auf Erfahrungen und Erkenntnissen, die im Rahmen eines Projektes gewonnen wurden. Ziel war es, die Qualität von Kooperation in diesem Feld der Jugendhilfe aus der Perspektive der Nutzenden zu definieren und mit ihnen gemeinsam zu erarbeiten, was gelingende Beteiligung in der Praxis der Heimerziehung ausmacht. Bestelladresse: Sozialpädagogisches Institut (SPI) im SOS-Kinderdorf e.V., Renatastraße 77, 80639 München, Tel.: 089/126 06-432, Fax: 089/126 06-417, E-Mail: spi@sos-kinderdorf.de

Väteranteil beim Elterngeld in Sachsen deutlich gestiegen. Immer mehr sächsische Väter beantragen Elterngeld. So wurden bisher 8 % aller Anträge auf Elterngeld im ersten Quartal 2007 von Vätern gestellt. Bislang lag der Väteranteil beim Bundeserziehungsgeld im ersten Lebensjahr bei gut 2 %. Mit 8 % Väteranteil liegt Sachsen im bundesweiten Vergleich über dem Durchschnitt von 7 % (Chemnitz: 7,3 %; Dresden: 7,5 %; Leipzig: 9,6 %). Deutlich größer ist der Unterschied beim Anteil der Elterngeldempfängerinnen und -empfänger, die den Mindestbetrag von 300 Euro (oder mit Geschwisterbonus 375 Euro) erhalten. Wenngleich diese Zahlen aufgrund der kurzen Zeit noch nicht repräsentativ sind, erstaunt doch, dass in Sachsen 50 % der Eltern den Mindestbetrag erhalten, bundesweit hingegen 61 %. Dieser Unterschied ergibt sich vermutlich aus den höheren Erwerbsquoten sächsischer Frauen und der geringeren Anzahl von zweiten und dritten Kindern, vor deren Geburt eine Erwerbstätigkeit seltener ist. Dies entspricht

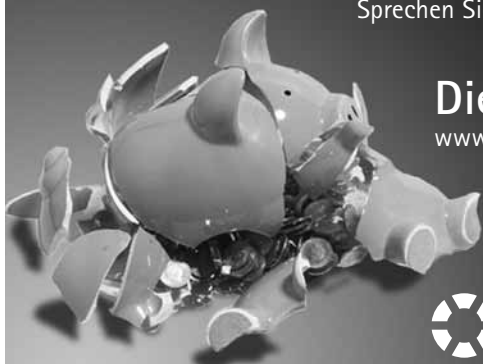
Wir denken weiter.

Zum Beispiel für die Beurteilung von Investitionsentscheidungen.

Dafür haben wir ein Analyse-Paket entwickelt, das Ihnen Sicherheit gibt, Ihre beabsichtigte Investition in allen Belangen vorher durchleuchtet zu haben.

Sprechen Sie uns an. Wir haben die Lösung.

Die Bank für Wesentliches.
www.sozialbank.de



Bank
 für Sozialwirtschaft

auch dem mit 17 % deutlich geringeren Anteil an Elterngeldleistungen mit Geschwisterbonus in Sachsen im Vergleich zur bundesweiten Quote von 24 %. Wenn Väter mindestens zwei Monate Elterngeld beantragen, erhalten die Eltern insgesamt 14 statt zwölf Monate Leistungen zwischen 300 und 1800 Euro. Dabei können Väter auch zwei Monate gleichzeitig mit der Mutter Elterngeld und Erziehungszeit beantragen. *Quelle: Pressemitteilung des Sächsischen Staatsministerium für Soziales 111/ 2007*

Bildung schützt! Kinder- und Jugendschutz als integraler Bestandteil von Bildungsprozessen in Tageseinrichtungen für Kinder. Hrsg. Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. Selbstverlag. Berlin 2006, 247 S., EUR 4,- *DZI-D-7991*

Im Kontext gesellschaftlicher Veränderungen und einer Aktivierung der Bildungspolitik sind die Tageseinrichtungen für Kinder stärker in das Blickfeld getreten. Diese Publikation beleuchtet den pädagogischen „Elementarbereich“, hauptsächlich in Hinsicht auf die Kindertagesstätten, und thematisiert mit Bezug auf § 14 des Kinder- und Jugendhilfegesetzes, wie in der Bildungsplanung einerseits und in der praktischen Arbeit andererseits besonders der präventive Kinderschutz als eine wichtige Funktion des Erziehungs- und Bildungsauftrages verankert und umgesetzt werden kann. In jüngerer Vergangenheit bekannt gewordene Fälle von vernachlässigten und schwer misshandelten Kindern haben die unmittelbare Gefahrenabwehr in den Mittelpunkt gestellt. Gefahren drohen an vielen Stellen, zum Beispiel auch durch die Medien oder durch Drogen konsumierende Eltern. Bei den Beiträgen des Sammelbandes handelt es sich teilweise um Vorträge, die im Rahmen zweier Fachtagungen zum Thema „Bildung schützt!“ im September 2005 und im Mai 2006 gehalten wurden. Bestelladresse: Bundesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V., Mühlen-damm 3, 10178 Berlin

Gemeinschaft bildet – ein Wettbewerb für Projekte der Kinder- und Jugendhilfe. Die Arbeiterwohlfahrt (AWO) vertritt innerhalb der Aktion-Mensch-Kampagne „dieGesellschafter.de“ das Thema Bildung. Zur Vertiefung dieses Themas führt sie gemeinsam mit der Aktion Mensch den Wettbewerb „Gemeinschaft bildet“ durch. Ziel ist die Gewinnung beispielhafter Projekte, die gezielt Kinder und Jugendliche in ihrem Umfeld ansprechen und ihnen ermöglichen, ihre Kompetenzen zu entdecken, zu entwickeln und zu stärken. Der Wettbewerb richtet sich an Einrichtungen und Träger der Kinder- und Jugendhilfe – beispielsweise an Kindertageseinrichtungen in Kooperation mit Schulen, Kinderhorten, offener Jugendarbeit, Jugendverbandsarbeit, Schulsozialarbeit, Jugendsozialarbeit und Hilfen zur Erziehung. Eine Jury wird die besten zehn Projekte auswählen und prämiieren. Informationen und die Teilnahmeunterlagen stehen unter www.dieGesellschafter.de/gemeinschaftbildet zur Verfügung. Einsendeschluss der Bewerbungen ist der 30. Dezember 2007. *Quelle: Mitteilung der AWO vom 2. August 2007*

► Ausbildung und Beruf

Zur Professionalisierung von Schulsozialarbeit. Im Rahmen eines Arbeitstreffens an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt (KU) diskutierten Mitglieder des

bundesweiten „Kooperationsverbundes Schulsozialarbeit“ die Möglichkeiten einer Professionalisierung von Schulsozialarbeit. Dem seit 2001 bestehenden Verbund gehören Fachleute aus Wissenschaft und Praxis sowie Vertretende von Arbeiterwohlfahrt, Deutschem Roten Kreuz und der Katholischen Mädchensozialarbeit an, um sich auf fachlicher Ebene auszutauschen. Bei der Veranstaltung wurde insbesondere über einen Qualifikationsrahmen diskutiert, der der Darstellung von Kompetenzen für verschiedene (Aus-)Bildungsniveaus dienen soll. Der Kooperationsverbund Schulsozialarbeit hält es für erforderlich, den Beruf „Schulsozialarbeiter/Schulsozialarbeiterin“ professionell zu etablieren. Er setzt sich dafür ein, in das reformierte Fachhochschulstudium für Sozialarbeit und Sozialpädagogik auf der Ebene eines Bachelor of Arts (BA) ein verpflichtendes Modul für den Bereich der Kooperation von Jugendhilfe und Schule und der Schulsozialarbeit aufzunehmen und auf der Ebene des Master of Arts (MA) eine Spezialisierung für den Beruf „Schulsozialarbeiter/Schulsozialarbeiterin“ anzubieten. *Quelle: Presseinformation der KU vom 13. Juli 2007*

Master „Sozial- und Gesundheitsjournalismus“. Zum Wintersemester 2007/08 beginnt an der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) der interdisziplinäre Masterstudiengang „Sozial- und Gesundheitsjournalismus (Social and Health Journalism)“. Der gemeinsam von den Fachbereichen Kommunikation/Medien und Sozial- und Gesundheitswesen getragene Studiengang qualifiziert für journalistische Tätigkeiten im redaktionellen und freiberuflichen Bereich mit den Themenschwerpunkten Soziales und Gesundheit sowie für medienbezogene Tätigkeiten in den entsprechenden Bereichen. Hintergrund des Angebots sind die zunehmend komplexen gesellschaftlichen Entwicklungen im Bereich der Sozial- und Gesundheitssysteme, die immer schwerer verstehbar und in der Öffentlichkeit verständlich vermittelbar sind. Dadurch entsteht ein wachsender Bedarf an Journalistinnen und Journalisten, die besser für die Fachthemen qualifiziert sind. Informationen über die Hochschule Magdeburg-Stendal (FH), Fachbereich Sozial- und Gesundheitswesen, Professor Dr. Titus Simon, Tel. 03 91/886 42 76, E-Mail: Titus.Simon@hs-magdeburg.de

Masterstudiengang Biografisches und Kreatives Schreiben. Im Oktober 2007 beginnt an der Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin der zweite Durchgang des Masterstudiengangs „Biografisches und Kreatives Schreiben“. Dieser berufsbegleitende postgraduale Studiengang verbindet ein fundiertes Spektrum kreativer Schreibmethoden mit Studienmodulen zu (gruppen-)pädagogischen, biographischen sowie Selbstmarketingmethoden und schafft damit neue Verknüpfungen auf dem akademischen Ausbildungsmarkt des beruflichen Schreibens. Informationen: Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin, Alice-Salomon-Platz 5, 12627 Berlin, Claus Mischo, Tel. 030/992 45-523 E-Mail: bks@asfh-berlin.de

Forschung der Sozialen Arbeit. Dialog zwischen Forschung und Praxis. Hrsg. Hochschule Magdeburg Stendal (FH). Verlag der Erich-Weinert-Buchhandlung. Magdeburg 2005, 117 S., ohne Preisangabe *DZI-D-8026* Wenn von Forschung in der Sozialen Arbeit gesprochen wird, werden zahlreiche Aufgaben damit verbunden: die

Entwicklung in Theorie und Praxis zu fördern, ihre Verknüpfung zu unterstützen und die Entwicklung kritisch zu reflektieren sowie ihre unterschiedlichen Zugangsweisen und Positionen zu dokumentieren. Das Buch bezieht sich auf eine Vortragsreihe zum Dialog zwischen Forschung und Praxis und gibt wertvolle Anregungen durch eine aktuelle Auswahl sozialarbeiterisch relevanter Forschungsprojekte aus Deutschland und dem Ausland. In den verschiedenen Beiträgen werden vielseitige Aspekte sozialer Aufgaben und Entwicklungen betrachtet (zum Beispiel Familiendiagnose, Sozialberichterstattung, Frauen- und Jugendforschung) und zukunftsweisende Konzeptionen, Methoden und Organisationsformen zur Diskussion gestellt. Bestelladresse: Deutscher Berufsverband für Soziale Arbeit e.V., Landesverband Sachsen-Anhalt, Landesgeschäftsstelle, Oberaltenburg 13, 06217 Merseburg, Tel.: 034 61/20 22 09, E-Mail: lv-sachsen-anhalt@dbsh.de

Heilpädagogik wirkt – Herausforderungen annehmen. Unter diesem Motto findet vom 16. bis zum 18. November 2007 in Kassel die 41. Bundesfachtagung des Berufsverbandes der Heilpädagoginnen und Heilpädagogen (BHP) e.V. statt. Das Tagungsprogramm und eine Möglichkeit zur Anmeldung stehen unter www.heilpaedagogik.de.

Master für Lehrkräfte an beruflichen Schulen. Ein neuer Masterstudiengang der Universität Kassel bietet ab dem Wintersemester 2007/08 angehenden Lehrkräften an beruflichen Schulen mit sozialpädagogischer beziehungsweise sozialpflegerischer Ausrichtung die nötige Qualifikation. „Sozialpädagogik an beruflichen Schulen“ ist ein anwendungsorientierter viersemestriger Studiengang, der sich an Absolvierende mit Studienabschlüssen (Bachelor oder Diplom) in Sozialwesen, Sozialer Arbeit, Sozialarbeit oder Sozialpädagogik richtet. Der Fachbereich Sozialwesen der Universität Kassel füllt mit diesem Studienangebot eine in Deutschland bestehende Lücke, die bei speziell qualifizierten Absolventen für eine Lehr- und Dozententätigkeit im Bereich der (schulischen) Aus- und Weiterbildung für Soziale Berufe besteht. Informationen: Universität Kassel, Fachbereich Sozialwesen, Arnold-Bode-Straße 10, 34109 Kassel, Tel.: 05 61/804-29 31, E-Mail: b.karner@uni-kassel.de, Internet: www.uni-kassel.de/zsb/sozial.pdf

Tagungskalender

19.-21.10.2007 Berlin. Seminar: Soziodramen der Geschlechter. Information: Psychodramaforum Berlin, Giesebrechtstraße 11, 10629 Berlin, Tel.: 030/88 91 79 56, Fax: 88 91 79 57, E-Mail: stieglar@psychodramaforum.de

25.10.2007 Düsseldorf. Fachtagung: Was Kinder stärkt. Neue Erkenntnisse der Resilienzforschung. Information: Evangelischer Verein für Adoptions- und Pflegekindervermittlung Rheinland e.V., Einbrunger Straße 66, 40489 Düsseldorf, Tel.: 02 11/40 87 95-0, Fax: 02 11/40 87 95-26

25.-26.10.2007 Bielefeld. wbv-Fachtagung: Perspektive Lebenslanges Lernen. Kompetenzen stärken – Übergänge gestalten. Information: W. Bertelsmann Verlag, Auf dem Esch 4, 33619 Bielefeld, Tel.: 05 21/911 01-37 E-Mail: michael.postier@wbv.de

3.11.2007 Fulda. Tagung: Einsatz von Psychopharmaka bei autistischen Störungen. Information: Autismus Deutschland e.V., Bebelallee 141, 22297 Hamburg, Tel.: 040/511 56 04, Fax: 040/511 08 13, E-Mail: info@autismus.de

3.-4.11.2007 Frankfurt am Main. 12. Fachtagung: Psychoanalytisch-pädagogische Beratung. Information: Frankfurter Arbeitskreis für Psychoanalytische Pädagogik e.V., Myliusstraße 20, 60323 Frankfurt am Main, Tel.: 069/70 16 55 E-Mail: fapp@gmx.de

10.-11.11.2007 Berlin. Schnupperseminar: Einführung Mediation. Information: Institut Triangel e.V., Horstweg 35, 14059 Berlin, Tel.: 030/32 60 93 28 E-Mail: info@institut-triangel.de

14.-17.11.2007 Berlin. 1. Weltkongress der Heimleiter und Heimleiterinnen: Die Lehre des Mauerfalls für Führungskräfte von Pflegeeinrichtungen. Grenzen überwinden, Zukunft gestalten. Information: Kongressbüro, Heinickeweg 15, 13627 Berlin, Tel: 030/38 30 38 31, Fax: 030/38 30 38 32, E-Mail: info@worldcongress-edo.com

19.-20.11.2007 Hofgeismar. 4. Fachtagung: Hessen und die Reform des Arbeitsmarktes. Potenziale nutzen: Eingliederung Älterer in Arbeit. Information: Evangelische Akademie, Postfach 12 05, 34362 Hofgeismar, Tel.: 056 71/881-200, Fax: 056 71/881-154 E-Mail: ev.akademie-hofgeismar@ekkw.de

19.-20.11.2007 Köln. Fachtagung: Behinderung und Alter: „In Würde leben – in Würde sterben“. Information: Universität zu Köln, Humanwissenschaftliche Fakultät, Department Heilpädagogik und Rehabilitation, Herbert-Lewin-Straße 2, 50931 Köln, Tel.: 02 21/470-55 56, Fax: 02 21/470-37 93, E-Mail: h.bermond@uni-koeln.de